Zett, 14.10.2001

Der Streit um die Volkszählung: Was dahinter steckt

Verzählen nicht erlaubt

Die Volkszählung ist angelaufen, doch der Streit um sie geht weiter. Was dahinter steckt.

SÜDTIROL Die Volkszählung erhitzt nach wie vor die Gemüter. Die einen sprechen vom Sägen an einer wesentlichen Säule der Autonomie, die anderen von einer Abschaffung der ethnischen Käfige. Doch um was geht es überhaupt? Ändern möchte die Vereinigung „Convivia" folgende Punkte:

- Die Volkszählung soll als anonyme statistische Erhebung durchgeführt werden. Damit würde der eigentliche Zweck erfüllt, das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Volksgruppen festzustellen (Proporz).
- Erklären sollen sich nur jene, die eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung brauchen. Selbst Karl Zeller kommt in seinem Buch „Volkszählung und Sprachgruppenzugehörigkeit in Südtirol" zum Schluss, dass nur 58.000 von insgesamt 422.000 Erklärungen innerhalb von zehn Jahren benötigt würden.
- Zeller stellt außerdem fest, dass auch mit der derzeitigen Regelung geschwindelt wird. Er spricht von ein bis zwei Prozent, die sich anders erklären - zwischen 4.000 und 8.000 Personen. Für „Convivia" würde eine Ad-hoc-Erklärung dieses Bild nicht wesentlich verändern. Um Schwindeleien einzugrenzen schlägt sie z. B. vor, Wettbewerbsprüfungen in beiden Landessprachen durchzuführen.
- Jeder soll sich erklären dürfen, niemand soll dazu gezwungen werden.

Als Grund für die angestrebten Veränderungen führt „Convivia" zudem an, dass die derzeitige Volkszählung gegen den Artikel 3 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten verstößt.

Die Volkszählung *erhitzt nach wie vor die Gemüter. Die einen sprechen vom Sägen an einer wesentlichen Säule der Autonomie, die anderen von einer Abschaffung der ethnischen Käfige.* *Foto: mikes*

In dieser Konvention des Europarates heißt es, dass jeder das Recht hat, frei zu wählen, ob er als Angehöriger einer Minderheit behandelt werden will oder nicht. Ohne dass sich für ihn daraus negative Konsequenzen ergäben. Außerdem würde durch die Zählung das Recht auf Privacy verletzt.

Ganz anderer Ansicht ist die Parteileitung der SVP: Sie verteidigt die derzeitige Art und Weise der Volkszählung vehement. Dazu sollen vier Gutachten erstellt werden, die:

- beweisen, dass die derzeitige Zählung der EU-Norm **zur** Privacy entspricht;
- das Ministerkommitee in Straßburg dazu veranlassen, nicht der negativen Stellungnahme des Expertenkomitees des Europarates zu folgen.

Die Landesregierung wird eine „unabhängige" Universität mit den Gutachten beauftragen. Die Europäische Akademie, eigentlich die kompetenteste Einrichtung in Sachen Minderheiten und Autonomien, wird boykottiert. Der für Eurak-Prä-sident Werner Stuflesser fraqwürdige Grund: Einer seiner Mitarbeiter gehört der Vereinigung „Convivia" an. *(kh)*